

## «Ouvert le Sonntag»

Wenn eine Stadt das Prädikat zweisprachig verdient hat, dann Biel. Jetzt aber will die Stadt den Privaten vorschreiben, sie müssten all ihre Werbungen zweisprachig schalten. Ein Stresstest für den Sprachenfrieden.

Andrea Kučera · 29.04.2023, 21:45 Uhr

Hören Merken Drucken Teilen



Die Zweisprachigkeit von Biel brachte der Stadt gar einen Eintrag ins Unesco-Register der lebendigen Traditionen.

Mittagspause am Zentralplatz in Biel: Die Bäckerin sagt «Grüessech», die Kundin antwortet «Bonjour». Sofort wechselt die Verkäuferin auf Französisch, bedient eine zweite Kundin aber weiterhin auf Deutsch. Als sich herausstellt, dass beide Kundinnen das letzte Stück Gemüsequiche möchten, wird es interessant: Auf einmal wechselt Kundin 1 auf Deutsch und sagt zu Kundin 2, sie dürfe das Stück haben, «kein Problem». Kundin 2 widerspricht ihrerseits auf Französisch: «Non, non, c'est pour vous.» Eine typische Bieler Alltagsszene, die damit endet, dass die Deutschschweizerin französisch redet und die Westschweizerin deutsch. Sprachen-Pingpong in Reinform.



Vorbildlich bis auf das einsprachige Logo.

Florian Spring

Nirgends in der Schweiz wird Zweisprachigkeit so bewusst gelebt wie in der Uhrenstadt am Jurasüdfuss: Der Bus, der alle paar Minuten vorbeifährt, ist abwechselnd mit Vorhölzli und Bois-Devant angeschrieben. Sämtliche Strassen und Plätze tragen zwei Namen. So heisst der Zentralplatz auch Place Centrale, die Quellgasse auch Chemin de la Source und die Schlossstrasse auch Rue du Châtelet. Die Bar am Fuss der Altstadt wirbt damit, «ouvert le Sonntag» zu sein. Und die Gratiszeitung «Biel Bienne» druckt jeden Artikel doppelt: links auf der Seite auf Deutsch und rechts auf Französisch.

Wie die Deutschschweizer Mehrheit in der Stadt Biel mit der frankofonen Minderheit umgeht, ist vorbildlich. Im Gegensatz etwa zur Stadt Freiburg, die sich bis heute aus Kostengründen weigert, Deutsch als zweite Amtssprache einzuführen, ist Biel seit 1966 offiziell zweisprachig. Obwohl 57 Prozent Deutsch sprechen und nur 43 Prozent Französisch, sind beide Sprachen gleichwertig. Für die Art, wie die zwei Sprachgruppen miteinander kommunizieren, hat sich bei Linguisten gar ein eigener Begriff eingebürgert, das «Bieler Modell»: Es besagt, dass jene Person die Sprache eines Gesprächs festlegt, welche den Dialog eröffnet. Doch nun ist ausgerechnet in der Modellstadt der gelebten Zweisprachigkeit ein Sprachenstreit entbrannt.

## «Ein Punkt, wo es ins Absurde kippt»

Ausgangspunkt ist der Entwurf für ein neues Reklamereglement. Darin will die Stadt den Werbern vorschreiben, all ihre Kampagnen zweisprachig zu gestalten. Die Gleichstellung, so das Argument der Stadtregierung, müsse auch auf diesem Gebiet respektiert werden, schliesslich betreffen Reklamen den öffentlichen Grund. «Wenn wir es wirklich ernst meinen mit der Zweisprachigkeit, dann müssen wir uns die Mittel dafür geben», sagte SP-Stadtpäsident Erich Fehr am Mittwochabend im Stadtparlament.

Die Bürgerlichen halten dagegen, das Reglement sei ein ungerechtfertigter Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Auch die Werbebranche wehrt sich. «Wer entscheidet, ab wann eine Kampagne zweisprachig ist?», fragt Markus Ehrle, Präsident des Verbands Aussenwerbung Schweiz. «Müssen die beiden Sprachen auf jedem Plakat präsent sein, oder reicht es, wenn sowohl deutschsprachige wie französischsprachige Plakate aufgehängt werden?»



Neu will die Stadt nur noch zweisprachige Plakate.

Florian Spring

Er findet das Reglement unnötig, die Branche sei heute schon sensibilisiert. «Wir legen unseren Kunden immer nahe, bei Kampagnen in Biel 30 bis 40 Prozent der Plakate auf Französisch zu konzipieren.» In der Regel werde das auch umgesetzt. «Doch wenn zum Beispiel eine Krankenkasse, die ausschliesslich in der Deutschschweiz aktiv ist, nur auf Deutsch für sich wirbt, dann muss das erlaubt sein.» Minderheitenschutz sei wichtig, sagt Ehrle, aber man könne nicht alles regulieren. «Es gibt einen Punkt, wo es ins Absurde kippt.»

Die Frage treibt derzeit viele um in Biel: Ist das neue Reklamereglement legitimer Minderheitenschutz, oder geht der Zweisprachigkeitszwang zu weit?

Ariane Tonon steht vor dem Bahnhof in Biel und zeigt auf die Plakate: «Fast alles auf Deutsch», sagt die Präsidentin des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB). Als Welsche fühle sie sich nicht angesprochen. Der RFB vertritt die Rechte der Westschweizer Bewohner und interveniert, wenn die Gleichstellung aus seiner Sicht nicht gewährleistet ist.

Tatsächlich sind rund um den Bahnhof praktisch alle Reklamen in deutscher Sprache gehalten. Auch sonst sind in der Stadt deutschsprachige Werbungen in der Überzahl. Französisch ist aber schon auch präsent. Ist es wirklich eine derart grosse Zumutung, von deutschsprachigen Slogans umgeben zu sein? Tonon sagt, es gehe nicht um einzelne Plakate, sondern um das Prinzip: «Es geht darum, sich als Welsche in Biel daheim zu fühlen. Und dafür müssen beide Sprachen gleichwertig im öffentlichen Raum präsent sein.»



«Der Kampf der Minderheit ist nie zu Ende»: Ariane Tonon (links) ist Präsidentin des Rats für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne, Stéphanie Bailat ist dessen Generalsekretärin.



Die Grunen-Politikerin ist hier aufgewachsen und liebt ihre Stadt. Auch wegen der Zweisprachigkeit. «In Biel leben heisst, aus der Komfortzone hinauszugehen und sich bewusst dem Kontakt mit der anderen Sprachgruppe auszusetzen», sagt sie. Tonons Sohn war in einer Krippe mit deutschsprachigen Betreuerinnen, die mit dem Buben französisch sprachen. Was dazu führte, dass der Sohn daheim Französisch mit Deutschschweizer Akzent sprach. Sie lacht. So läuft es eben, wenn man auf der Sprachgrenze lebt. Wobei sie lieber von der Kontaktzone spricht. Grenze tönt zu sehr nach Trennung. Sie betont lieber das Verbindende.

Das war nicht immer so. Noch in den 1980er Jahren waren die Mittagspausen von deutsch- und französischsprachigen Gymnasiasten zu unterschiedlichen Zeitpunkten, damit sich die Schülerinnen und Schüler möglichst nicht begegneten, die Sprachen sich nicht vermischten. Heute gibt es neben zweisprachigen Maturitätsklassen auch «crèches bilingues», zweisprachige Kinderkrippen. Und am Bieler Standort der Berner Fachhochschule werden einzelne Klassen nach einem schweizweit einzigartigen Modell unterrichtet: Die Lehrperson erklärt einen Sachverhalt zuerst auf Französisch und wiederholt dann das Ganze auf Deutsch. Oder umgekehrt. Prüfungsunterlagen werden konsequent in beiden Sprachen abgegeben.



Renaud Jeannerat ist Chefredaktor Romandie der zweisprachigen Zeitung «Biel Bienne». Er sagt, in der Schule sei er schlecht in Deutsch gewesen. «Ich habe die Sprache auf der Strasse gelernt.»

## Französisch wird immer wichtiger

Dass aus dem Nebeneinander ein Miteinander wurde, hat mit dem Vormarsch des Französischen zu tun. Bei der Gründung von Biel Anfang des 13. Jahrhunderts war die Stadt noch komplett deutschsprachig, wie Rainer Schneuwly in seinem Buch «bilingue» schreibt. Erst im 19. Jahrhundert, als mit den Uhrenfirmen auch die französischsprachigen Arbeiter aus dem Jura zuzogen, habe sich die französische Sprache endgültig gefestigt. Zwischen 1793 und 1888 erhöhte sich der Anteil der Frankofonen von 1 auf 26 Prozent. Heute sprechen über 40 Prozent der Stadtbewohner Französisch – Tendenz weiterhin steigend.

Warum also mit dem neuen Reklamereglement forcieren, was von sich aus schon gut funktioniert? Tonon vom Rat der Frankofonen sagt, der Kampf der Minderheit sei nie zu Ende. So intervenierte der RFB 2017, als die Schilder auf der neuen Autobahnumfahrung nur den Weg nach «Biel-Ost» wiesen. Er forderte das lokale Spital auf, in die Französischkenntnisse seiner Mitarbeitenden zu investieren, als sich Klagen von französischsprachigen Patienten häuften. Und als sich herausstellte, dass es im Raum Biel viel zu wenige Lehrstellen für Jugendliche mit französischer Muttersprache gab, suchte Tonon das Gespräch mit den Berufsschulen. «Die institutionelle Gleichstellung ist das eine», sagt sie. «Man muss die Zweisprachigkeit aber auch im Alltag leben und einfordern.»

Das Stadtparlament hat am Mittwochabend das neue Reklamereglement mit 26 Ja- und 14 Nein-Stimmen angenommen. Am 18. Juni kommt die Vorlage vors Volk.